



Mainz, den 21. Januar 2019

Pressemitteilung

Bei Nacht und Nebel: Wieder eine Abschiebung aus dem Krankenhaus

Initiativeausschuss und Flüchtlingsrat: „Landkreise untergraben humanitäre Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung muss dem Einhalt gebieten!“

Die Kreisverwaltung Südliche Weinstraße hat die Abschiebung einer 22-jährigen Somalierin aus dem Pflzklinikum Klingenmünster heraus durchgeführt. Frau K. wurde in einer Nacht und Nebel-Aktion direkt aus dem Krankbett zum Flughafen gebracht und auf Grundlage der „Dublin III-Verordnung“ nach Italien abgeschoben. Dort droht ihr aufgrund des kürzlich verabschiedeten „Salvini-Dekrets“ die Obdachlosigkeit.

Am Morgen des 10. Januar 2019 gegen 2:30 verschafften sich 10 bis 15 Vollzugsbeamte Zugang zur Gemeinschaftsunterkunft der jungen Frau. Dabei rissen sie drei Flüchtlingsfrauen sowie ein Kleinkind aus dem Schlaf, die in der Wohngruppe gemeinsam mit Frau K. leben. Die Beamten fanden Frau K. in der Unterkunft nicht auf. Sie war wenige Stunden zuvor aufgrund ihres schlechten gesundheitlichen Zustandes von einem Ehrenamtlichen ins Pflzklinikum Klingenmünster gebracht worden und wurde dort stationär aufgenommen.

Der Initiativeausschuss für Migrationspolitik RLP und der AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V. sind empört über die Abschiebung der jungen Frau aus einem Krankenhaus: *„Der Umstand, dass Frau K. von der Klinik zur Klärung ihres Gesundheitszustandes stationär aufgenommen war, war für die Vollzugsbeamten offenbar ebenso wenig ein Hindernis wie die nächtliche Uhrzeit. Dieser erneute Tabubruch zeigt, wie groß die Kluft zwischen dem Anspruch der Landesregierung auf eine humanitäre Flüchtlingspolitik und der Wirklichkeit in Rheinland-Pfalz mittlerweile ist“*, so Pierrette Onangolo, Geschäftsführerin des AK Asyl - Flüchtlingsrates RLP e.V.

Das Vorgehen der Behörde reiht sich nahtlos in die lange Liste der Schabigkeiten ein, die beiden Organisationen am 10.12.2019 in ihrer gemeinsamen Erklärung zum Tag der Menschenrechte 2018 öffentlich gemacht hatten. *„Hausdurchsuchungen bei Menschen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, die Kriminalisierung kirchenasylgewährender Gemeinden und ihrer Seelsorger sowie Abschiebungen aus Krankenhäusern mitten in der Nacht gelten in manchen rheinland-pfälzischen Landkreisen inzwischen offenbar als legitimes Mittel zum Zweck der Durchsetzung der Ausreisepflicht. Immer dreister und selbstverständlicher untergraben einzelne Landkreise die ‚humanitäre Flüchtlingspolitik‘, zu der sich die Landesregierung verpflichtet hat und zu der sie sich in öffentlichen Ansprachen immer wieder bekennt“*, erklärt Roland Graßhoff, Geschäftsführer des Initiativeausschusses.

Der Initiativeausschuss für Migrationspolitik RLP und der AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP erwarten von der Landesregierung, dass sie diesem Treiben einzelner Landkreise im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit und der Menschenrechte - die auch für Ausreisepflichtige gelten - mit Entschlossenheit Einhalt gebietet.

Appelle und „Sensibilisierungen“, mit denen sie in der Vergangenheit auf Fehlentwicklungen vor Ort reagiert hat, helfen offenbar nicht weiter!

- gez. Roland Graßhoff (Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP)
- gez. Pierrette Onangolo (AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V)

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP

Albert-Schweitzer Straße 113-115

55128 Mainz

Tel.: 06131/287 44 20

migration@zgv.info | www.ini-migration.de

AK Asyl-Flüchtlingsrat RLP e.V.

Leibnizstraße 47

55118 Mainz

Tel: 06131 4924734

info@asyl-rlp.org | www.fluechtlingsrat-rlp.de